

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F. XXIV/148

Bonn, den 7. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Man nehme... ----- Zum "Schwerpunktprogramm" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Verkehrspolitik in der 6. Legislaturperiode	55
3	Vergebliche Friedensmission ----- Kein Ende des Völkermordes in Nigeria Von Alwin Brück, MdB	44
4	Frankreichs Militärbudget 1970 ----- Trotz Sparmaßnahmen weitere Wasserstoffbomben? Von Georg Scheuer, Paris	48
ANHANG		
1 - 2	Ebenso aktuell wie brisant ----- Zum Buch von Helmut Schmidt "Strategie des Gleichgewichts - Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte"	88

Man nehme...

Zum "Schwerpunktprogramm" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
für die Verkehrspolitik in der 6. Legislaturperiode

sp - Die CDU/CSU-Fraktion hat durch ihren Stellvertretenden Vorsitzenden und Verkehrsexperten, Dr. Müller-Hermann, ein verkehrspolitisches Schwerpunktprogramm für die nächste Legislaturperiode veröffentlicht. Dabei soll nach den Worten von Dr. Müller-Hermann der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden besonderer Vorrang eingeräumt werden.

Bei Durchsicht dieses Papiers liegt der Vergleich zu einer bestimmten Rasensportart nahe: So, wie von Sommerfußball gesprochen wird, könnte man auch von einem Sommerprogramm der CDU/CSU sprechen. Die hausbackenen Zutaten zu diesen Appetithäppchen sind sehr leicht zu analysieren: Sie folgen nämlich altbekannten Rezepten. Man nehme einige alte CDU/CSU-Entschließungsanträge, mische diese mit unzureichenden Finanzierungsvorschlägen und etwas Polemik gegenüber dem amtierenden Bundesverkehrsminister und schon hat man ein "neues Schwerpunktprogramm".

Georg Leber kann in manchen Teilen dieses Programms der CDU/CSU eine Bestätigung seiner eigenen Politik sehen. Viele der Forderungen von Dr. Müller-Hermann decken sich mit denen, die auch von Minister Leber vertreten werden. Das gilt z. B. für die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, für die Stärkung der Wirtschaftskraft der Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, für den weiteren Ausbau des Leistungsangebots der Deutschen Bundesbahn sowohl im Personenverkehr (TEE-, Intercityverbindungen, moderne S-Bahnen) wie auch im Güterverkehr (Ausbau der Gleisanschlüsse und des kombinierten Verkehrs Schiene/Straße). Das sind nur einige Punkte, die man bereits im verkehrspolitischen Programm der Bundesregierung nachlesen kann.

Interessant wird es bei den Vorstellungen über die Finanzierung der bei den Gemeinden vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Verkehrsverhältnisse. Es heißt bei Dr. Müller-Hermann, daß zusätzlich

3 Prozent des zweckgebundenen Aufkommens aus der Mineralölsteuer im Verlauf von 15 Jahren für diesen Zweck bereit zu stellen sind.

Ob dies wohl mit dem Herrn Bundesfinanzminister abgestimmt worden ist? Kaum zu glauben, denn die Finanzreform dieser Legislaturperiode brachte den Gemeinden nur ein geringes Mehraufkommen an finanziellen Mitteln.

Dem Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit und Kostendeckung für die öffentlichen Verkehrsunternehmen im Grundsatz zuzustimmen ist gut und schön. Auch der Ausgleich von Erlösminderungen durch betriebsfremde Lasten auf Grund von Auflagen der öffentlichen Hand dürfte durchaus sinnvoll sein. Wie dies jedoch geschehen und wer den Ausgleich bezahlen soll, bleibt ebenfalls leider offen.

Der CDU/CSU ist auch zuzustimmen, wenn sie für den systematischen Ausbau des Bundesfernstraßennetzes erhöhte Finanzierungsmittel für erforderlich hält. Da der Bundesminister der Finanzen aber offenbar auf die 50 Prozent nichtzweckgebundenen Mittel aus der Mineralölsteuer nicht verzichten will und kann, sollen nach den Vorstellungen der CDU/CSU auch Finanzierungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden, die der Kapitalmarkt bietet.

Nun, auch das ist nicht neu. Schon bisher sind in der Überbrückung temporaler Schwierigkeiten im Straßenbau öffentliche Kreditmittel in Anspruch genommen worden. Wollte der Bund aber das Instrument der Kapitalmarktfinanzierung im großen Stil praktizieren, liefe er Gefahr, daß ihm die Zinslast über den Kopf wächst, bevor auch nur annähernd der Bedarf an Straßenraum gedeckt ist. Schon aus den einfachsten Regeln der Finanzmathematik läßt sich ablesen, daß eine Vorfinanzierung über längere Zeiträume sehr, sehr teuer zu stehen kommt.

Am Ende stehen auch beim Verkehrsexperten der CDU/CSU trotz aller Wohllaute Fragen, wie nicht anders zu erwarten war.

Vergebliche Friedensmission

Kein Ende des Völkermordes in Nigeria

Von Alwin Brück, MdB

Wieder sterben in Biafra täglich mehr als tausend Menschen den Hungertod. Und doch gelang es Papst Paul VI. nicht, die beiden Parteien im nigerianischen Bürgerkrieg wenigstens zu neuen Verhandlungen an einen Tisch zu bringen. Mit Enttäuschung hat die Weltöffentlichkeit das Ergebnis dieser Bemühungen um einen Frieden in diesem tragischen Konflikt registriert. Die Fronten sind so hart, daß selbst die hohe moralische Autorität des Papstes nicht ausreichte, um mäßigend auf die beiden Kriegsgegner einzuwirken. Das sollten sich in Deutschland auch die einmal deutlich vor Augen führen, die der Bundesregierung vorwerfen, sie dulde den Völkermord in Biafra. Wir alle stehen voller Verzweiflung, aber auch voller Ohnmacht dem schrecklichen Krieg gegenüber, der leider auch deutlich macht, daß die jungen Völker Afrikas nicht immer aus der leidvollen Geschichte Europas gelernt haben.

Dabei weiß jeder, der sich mit den Verhältnissen in Nigeria ein wenig beschäftigt, daß nur ein Ende des Krieges ein Ende der Leiden der Menschen bringen kann. Schon melden die kirchlichen Hilfswerke und das Rote Kreuz auch ein Erlahmen der Spendenfreudigkeit in Deutschland. Das wird überall in der Welt so sein, und das war schon lange zu befürchten, weil es in der menschlichen Natur liegt, sich auch an das Leid zu gewöhnen. Der Krieg in Nigeria ist für die Menschen zu etwas Alltäglichem geworden. Hinzu kommt bei vielen die Resignation angesichts der Tatsache, daß die Verantwortlichen auf beiden Seiten in diesem Konflikt nicht dazu gebracht worden sind, zu einem für beide Seiten tragbaren Kompromiß zu gelangen. Junge, kräftige Menschen fallen in den militärischen Auseinandersetzungen, alte und schwache, die Kinder sterben in den Flüchtlingslagern den Hungertod. Aber die nigerianischen Politiker und Militärs auf beiden Seiten beharren auf ihren unversöhnlichen Standpunkten. Die Zentralregierung in Lagos verlangt die unabdingbare Wiederrufung des Abfalls, der biafranische Staatschef Ojukwu beharrt auf der Selbständigkeit der abgefallenen früheren nigerianischen Ostprovinz. Eine Lösung kann aber nur in einem Kompromiß zwischen beiden Standpunkten gefunden werden.

So wie die Dinge liegen, ist kaum mit einer raschen militärischen Lösung des Konflikts zu rechnen. Not und Elend werden weitergehen. Sollte es nicht bald gelingen, die Hilfsflüge in vollem Umfang wieder aufzunehmen, die dadurch unterbrochen worden waren, daß die Nigerianer ein Rot-Kreuz-Flugzeug abschossen, dann wird die Hungerkatastrophe, die im Winter und im Frühjahr gebannt schien, wieder über die Menschen in Biafra hereinbrechen. Der nigerianische Staatschef Gowon, der immer davon spricht, daß er die Brüder in Ostnigeria befreien will, sollte wissen, daß bei Fortführung der Hungerblockade er am Schluß nur tote befreien kann. Auf der anderen Seite sollte Oberst Ojukwu wissen, daß er mit der Fortführung des Krieges ein Volk genau dorthin führt, wovor er es angeblich bewahren will: in den Völkermord.

Frankreichs Militärbudget 1970

Trotz Sparmaßnahmen weitere Wasserstoffbomben?

Von Georg Scheuer, Paris

Verteidigungsminister Michel Debré verfügt für das nächste Jahr über 27,3 Milliarden Francs. Im Rahmen dieses Budgets soll - laut Ankündigung des Staatspräsidenten Pompidou auf seiner letzten Pressekonferenz - der "Vorrang" der französischen Kernwaffe gewahrt werden. Insbesondere die Wasserstoffbombenversuche im Pazifik sollen fortgesetzt werden.

Wie weit wird das möglich sein und auf Kosten welcher anderen Posten? Der vorherige Verteidigungsminister Messmer hatte für das letzte Haushaltsjahr von General de Gaulle eine zusätzliche Milliarde bekommen und so mit 28,3 Milliarden operieren können. In diesem Jahr jedoch hatte er sich mit 26 Milliarden begnügen und auf neue Kernwaffenversuche verzichten müssen.

Auf diese Weise wurden 255 Millionen Francs eingespart, davon 125 Millionen für eigentliche Atomversuche, 59 für Atomforschung und 71 durch Heimbeförderung von rund tausend Atomwaffenangestellten aus dem Pazifik. Dieser Art von Sparmaßnahmen sind jedoch enge Grenzen gesetzt. Selbst, wenn Debré im Pazifik nur noch ein Mindestmaß von Technikern belasse, würden die für 1970 vorgesehenen Kernwaffen jedenfalls mindestens 300 Millionen F kosten.

Das französische Militärbudget besteht nach wie vor zur Hälfte aus "unvermeidlichen" Ausgaben: Solde, Löhne und Gehälter für 700.000 Arbeiter und Angestellte der französischen Landesverteidigung, Schulung und Bekleidung der Armee, laufende Ausgaben für Materialwartung und Reparaturen.

Wenn also die Kernwaffenausgaben nicht eingeschränkt werden, ist praktisch wieder mit wesentlichen Streichungen der "herkömmlichen" Befähigung zu rechnen. Hinzu kommt dabei noch die Verteuerung der Rohstoffe und Industrieprodukte. Man erwartet somit für 1970 eine "Programmrevision der Land-, See und Luftstreitkräfte, Verringerung oder Streichung bestimmter Bestellungen.

Frankreichs nächste Atomwaffenversuche im Pazifik sollen zu einer "Miniaturlösung" der Wasserstoffbombe führen: Verringerung des Gewichtes und Verkleinerung des Formats bei gleichzeitiger Steigerung der Destruktivkraft.

Die erste französische Atomexplosion erfolgte 1960 in der Sahara. Seit dem Abfall Algeriens mußte Frankreich seine Kernwaffenversuche in den Pazifik verlegen. In den letzten drei Jahren gab es dort 14 Kernwaffenexperimente. 1966 wurde damit ein "taktisches" Atomwaffenkonzept für die französischen Land- und Luftstreitkräfte, 1969 ein sogenanntes "kopiertes Geschöß" von 450 bis 500 Kilotonnen für das französische U-Boot "Redoutable" realisiert. Außerdem erfolgten zwei Wasserstoffbombenexplosionen mit über zwei Megatonnen.

Unbekümmert um den gigantischen Vorsprung der beiden Supermächte, die Kritik im eigenen Land und um die wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, wird das gaullistische A- und H-Bombenprogramm weiter verfolgt. 1970 sollen die französischen Atomwaffentechniker im Pazifik die "militärische Einsatzfähigkeit" der bisher nur als Experiment versuchten Wasserstoffbombe verwirklichen.

Ebenso aktuell wie brisant

Zum Buch von Helmut Schmidt:

"Strategie des Gleichgewichts - Deutsche
Friedenspolitik und die Weltmächte"

H.M. - "Tatsächlich ist Strategie heute weitgehend zu der Kunst geworden, Kriege zu vermeiden". Das ist einer der ersten, aber auch einer der Kernsätze - vielleicht überhaupt der Kernpunkt des neuesten Buches von Helmut Schmidt "Strategie des Gleichgewichts - Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte", das jetzt gerade im Stuttgarter Seewald Verlag erschienen ist.

Und dieser Satz deutet schon an, daß es sich hier keineswegs um ein rein militärpolitisches Werk handelt. Vielmehr ist es der gelungene Versuch eines Politikers, der Praxis und Theorie seines Fachs souverän beherrscht, die gegenwärtige weltpolitische Situation zu be- und zu durchleuchten, aber zugleich auch seine Vorstellungen für die künftige Politik und für die Zukunft der Bundesrepublik zu entwickeln.

Dieses Buch ist gerade heute, in der Zeit der neuen Berlingesprache und der stetigen amerikanisch-sowjetischen Vorverhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und der Diskussionen über eine europäische Sicherheitskonferenz ebenso aktuell wie brisant. Das Feld der von Schmidt behandelten - und keineswegs nur flüchtig gestreiften Probleme - reicht, um nur einige zu nennen, von der militärpolitischen Weltlage über den Rüstungswettlauf, die Fragen und Aufgaben der Rüstungskontrolle, unser Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten wie im Westen, die NATO und den Warschauer Pakt, die Breschnewdoktrin, den Atomsperrvertrag, die Sorgen und Aufgaben unserer Bundeswehr bis zu den drängenden Fragen der Jugend und den für die Bundesrepublik zu lösenden Zukunftsaufgaben.

Helmut Schmidt packt diese Probleme illusionslos und nüchtern an. Er weiß aus seiner Arbeit, daß nichts gefährlicher ist, als von falschen Vorstellungen, von Wunschdenken auszugehen. Und er scheut sich nicht, auch Tabus anzupacken. Dafür zeugen seine Äußerungen über die Chancen einer Wiedervereinigung Deutschlands. So meint er: "In der deutschen Frage ist das Engagement fast aller andern eher negativ als positiv, und die Gleichgültigkeit überwiegt. Gemeinsam aber hegen sie die Überzeugung, daß die heutigen Ostgrenzen an Oder und Neiße endgültig sein sollten."

Die Chancen für Europa und damit für Deutschland liegen nach Schmidts Meinung denn auch eher in den Bemühungen um Rüstungsbegrenzungen und Rüstungskontrolle - wie sie von den an der Stabilisierung des Gleichgewichts interessierten USA und der UdSSR unternommen werden - und in praktikablen Ergebnissen einer europäischen Sicherheitskonferenz. Hierzu schreibt Schmidt: "Der Gedanke eines europäischen Sicherheitssystems hat für viele nicht mehr den Hauptaspekt, die Möglichkeit eines Krieges zu verringern. Er wird vielmehr zum scharfen Ausdruck der Hoffnung auf eine dauerhafte Ordnung der Normalität."

Freilich warnt Schmidt auch auf diesem Gebiet vor übertriebenen Erwartungen auf schnelle Erfolge, sieht aber die schließliche Verein-

barkeit der beiderseitigen Interessen für durchaus gegeben. Er hält ein europäisches Sicherheitssystem für denkbar, das so konstruiert wäre: "Eine Beibehaltung der beiden Militärpakte, die durch gemeinsam akzeptierte Verpflichtungen zum Nichtangriff, zur Rüstungsbegrenzung und deren Kontrolle überwöhlt würden." Schon die gegenseitige Errichtung von Kontrollposten - des Ostens im Westen und des Westens im Osten - gegen Überraschungsangriffe könnte nach seiner Ansicht psychologisch Gutes bewirken, "und sie würde niemandes Sicherheit beeinträchtigen".

Von höchster Aktualität sind auch Schmidts Ausführungen über die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik, an der er berechtigt harte Kritik übt: "Wenn auch die Idee fixe der deutschen Führung begreiflich war, so muß dieser doch der Vorwurf gemacht werden, trotz vieler Warnungen ihre eigenen Illusionen für Wirklichkeit genommen und auf dieser Basis in operativen und taktischen Ausbildung wie vor allem in der Ausrüstung der Bundeswehr schwere Fehler gemacht zu haben, die bis weit in die siebziger Jahre nicht korrigierbar sein werden."

Schmidt zeigt diese Fehler noch einmal auf und legt Vorschläge zur Verbesserung vor, wie sie sich schon in den Ergebnissen des Karlsruher Parteitagés seiner Partei von 1964 oder in den grundsätzlichen Referaten auf dem Wehrpolitischen Kongreß der SPD im Frühjahr 1969 niedergeschlagen haben. Er meint: "Die Bundeswehr bedarf einer allgemeinen Bestandsaufnahme, einer kritischen und realistischen Prüfung ihrer zukünftig wahrscheinlichen Aufgaben und ihrer voraussehbaren, herstellbaren finanziellen und personellen Möglichkeiten."

Dabei schließt Schmidt eine Änderung unseres Wehrsystems nicht aus, wenn er schreibt: "Es kann sein, daß die oben für notwendig erklärte Untersuchung zu einer Lösung käme, in der eine kleinere hochmobile 'Berufsarmee' aus Längerdienenden und Berufssoldaten mit einer in der Masse aus kurzfristig Dienenden bestehenden Territorialarmee kombiniert wird. Eine solche Lösung würde jedenfalls dem Defensivprinzip noch stärkeren Nachdruck geben."

Das Schlußkapitel seines Buches widmet Schmidt den Aufgaben, die die deutsche Politik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu bewältigen hat. Er stellt darin das Feld der Bildung und Ausbildung an die Spitze der im Inneren notwendigen Reformen und schließt mit den Worten: "Augenmaß für das Mögliche ist die wichtigste Eigenschaft, deren die deutsche Politik zwischen den beiden Weltmächten bedarf."

Alles in allem ein Buch, das jeden politisch interessierten Leser fesselt und anregt, das die Diskussionen dieser Zeit befruchtet wird. Ein brisantes Programmheft für die politische Bühne unserer Tage.